



Haushalts- und Finanzausschuss

63. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

9. Oktober 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

12:00 Uhr bis 13:20 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

4 Den Theatern effizienteres Wirtschaften ermöglichen - Modellversuche starten 1

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3284

Der Ausschuss berät den Antrag und stimmt darüber ab. Er **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Antrag abzulehnen**.

5 Tarifliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur verbessern 3

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3956 - Neudruck -

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Antrag abzulehnen**.

*Nichtöffentlicher Teil zu TOP 1 bis 3 s. APr 13/977
Vertraulicher Teil zu TOP 1 bis 3 s. Vertr. APr 13/33

- 6 Gesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung und über die Bezüge der Staatssekretäre und entsprechender Versorgungsempfänger in den Jahren 2003 und 2004 für das Land Nordrhein-Westfalen** 3

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4313

Nach kurzer Aussprache **beschließt** der Ausschuss - auf Antrag der Fraktion der FDP - einstimmig, zu dem Gesetzentwurf eine **öffentliche Anhörung** gem. § 32 GeschO am 06.11.2003, 11 Uhr, durchzuführen, und dazu die kommunalen Spitzenverbände, den Deutschen Beamtenbund, den Deutschen Gewerkschaftsbund und einen Vertreter der Bull-Kommission einzuladen.

- 7 Aktuelle Situation der Landesentwicklungsgesellschaft NRW** 5

Sachstandsbericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht von MR'in Flocke (MSWKS), der als Vorlage 13/2372 übermittelt worden ist, und einen Bericht des Finanzministeriums entgegen.

Die anschließend dazu gestellten Fragen werden von StS Dr. Noack (FM) beantwortet.

- 8 Gestaltbarkeit der Transferausgaben des Landes** 8

Vorlagen 13/2073, 13/2226 und 13/2241

Der Ausschuss berät die Vorlagen mit den Vertretern des Finanzministeriums und des Landesrechnungshofs.

- 9 Kassenabschluss 2002** 10

Vorlage 13/2166

Die Vorlage wird im Rahmen einer kurzen Erörterung zur Kenntnis genommen.

Seite

- 10 Änderung der Verordnung über die Aufteilung in Gruppen, die Ausübung des Wahlrechts und die Wählbarkeit, die Durchführung der Wahl und die vorzeitige Beendigung der Mitgliedschaft im Börsenrat der Börse Düsseldorf** 11

Vorlage 13/2303

Der Ausschuss nimmt die vorgelegte Synopse ohne Aussprache zur Kenntnis.

- 11 Verschiedenes** 11

Haushalts- und Finanzausschuss
63. Sitzung (öffentlicher Teil)

09.10.2003
ei-beh

Wenn das zuständige Fachministerium dieser Meinung sei und das Land durch Doppelhaushalt und GFG Planungssicherheit einräumen wolle und darüber hinaus dem Schauspielhaus und dem Museum Schloss Moyland jährliche Mittel garantiere, sei zu fragen, warum das Land dann nicht auch den Theatern im Übrigen mehr Planungssicherheit gewähren könne. Der Antrag sei ein Appell, wobei er durchaus die finanziellen Schwierigkeiten sehe.

Vorsitzender Volkmar Klein meint, dass die angesprochenen grundsätzlichen Fragen in der Arbeitsgruppe, die sich mit der Fortentwicklung des Haushaltsrechts befasse, erörtert werden sollten. Sodann lässt er über den Antrag abstimmen. - Der **Ausschuss** lehnt ihn mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Oppositionsfraktionen ab.

5 Tarifliche Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur verbessern

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3956 - Neudruck -

Dieser Antrag sei, so der **Vorsitzende** ebenfalls an den Kulturausschuss - federführend - und zur Mitberatung an den HFA überwiesen worden. Heute sei ein Votum abzugeben.

Keine Wortmeldungen. - Der **Ausschuss** lehnt den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen ab.

6 Gesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung und über die Bezüge der Staatssekretäre und entsprechender Versorgungsempfänger in den Jahren 2003 und 2004 für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4313

In Verbindung damit:

Keine Ungleichbehandlung im öffentlichen Dienst

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4328

Vorsitzender Volkmar Klein führt aus, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei nur an den Haushalts- und Finanzausschuss und der Antrag der FDP-Fraktion federführend an den HFA und zur Mitberatung an den Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform überwiesen worden. Die abschließende Beratung und Abstimmung über den FDP-Antrag solle im HFA in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Er habe mit Schreiben vom 2. Oktober 2003 die kommunalen Spitzenverbände gebeten, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben. Die FDP-Fraktion habe beantragt, eine öffentliche Anhörung durchzuführen.

Nach seinen Informationen sei es erforderlich, bis Ende November zum endgültigen Ergebnis im Plenum zu kommen, um nicht gegebenenfalls eine Rückzahlung der Beamten zu einem späteren Zeitpunkt auszulösen. Da die Anhörung frühestens am 6. November im Ausschuss durchgeführt werden könne, sei es erforderlich, vor den Plenarsitzungen im November eine zusätzliche Ausschusssitzung durchzuführen, um die Anhörung auszuwerten und über den Gesetzentwurf abzustimmen.

Angela Freimuth (FDP) stellt klar, ihre Fraktion habe die Anhörung beantragt, weil sie es für ein Gebot des Anstandes halte, den Beamtinnen und Beamten, denen mit diesem Gesetzesvorhaben deutliche Einschnitte drohten, im parlamentarischen Beratungsverfahren wenigstens ordentliches Gehör einzuräumen. Der Landtag dürfe nicht im Schnelldurchgang über die Veränderungen der Lebens- und Berufssituation der Beamtinnen und Beamten hinweggehen. Das Thema sei auch wichtig genug, um eine zusätzliche Sitzung zu rechtfertigen.

Manfred Palmen (CDU) unterstützt namens seiner Fraktion den Antrag der FDP. Bei der Anhörung müsse zumindest dargelegt werden, dass eine Gleichbehandlung von Angestellten, Arbeitern und Beamten erforderlich sei. Die CDU-Fraktion sei hinsichtlich des Gesetzentwurfs noch nicht zu einer abschließenden Entscheidung gekommen; sie unterstütze jedoch, dass die Landesregierung die Tarifverträge gekündigt habe, um eine Gleichbehandlung zu erreichen.

Gisela Walsken (SPD) hat den Eindruck, dass Frau Freimuth eine Front errichten wolle, obwohl es dafür keinen Anlass gebe. Selbstverständlich sei die SPD-Fraktion bereit, den Gesetzentwurf zum Thema einer Anhörung zu machen. Das Ziel ihrer Fraktion sei jedoch, die Änderungen kurzfristig in Kraft treten zu lassen, und deshalb sei sie dem Vorsitzenden dankbar, dass es gelungen sei, für die Anhörung einen entsprechenden Termin zu finden. Es sei selbstverständlich, mit den Interessenvertretern in der Anhörung ins Gespräch zu kommen. Das sei aber nicht der einzige Weg der Kommunikation.

Edith Müller (GRÜNE) findet es auch richtig, eine Anhörung durchzuführen.

Das heiÙe nicht, dass sie den Antrag der FDP-Fraktion unterstütze. Sie habe für ihre Fraktion bereits erklärt, dass sie prinzipiell eine Gleichbehandlung im öffentlichen Dienst wolle - im Gegensatz zur Opposition, die ja alle Vorschläge der Bull-Kommission abgelehnt habe. Der Kern des Problems, der die Schwierigkeiten der Gleichbehandlung verursache, sei, dass man im öffentlichen Dienst zwei unterschiedliche Systeme - das Beamtentum und die Tarifbeschäftigten - nebeneinander laufen lasse.

Aus diesem Grunde beantrage sie, zu der Anhörung auch einen Vertreter der Bull-Kommission oder Herrn Riotte als Beauftragten der Landesregierung für die Umsetzung der Vorschläge der Bull-Kommission einzuladen. Eine Lösung des Problems der Ungleichbehandlung liege ihres Erachtens nur in einer Reform des öffentlichen Dienst-

rechts insgesamt, und deshalb sei es wichtig, diesen Gesichtspunkt in das Thema der Anhörung einzubeziehen.

Angela Freimuth (FDP) entgegnet, auch die Vorschläge der Bull-Kommission sähen Angestellte im öffentlichen Dienst mit einem besonderen Status vor. Im Übrigen sei es keineswegs so, dass sich die FDP gegen jegliche Veränderungen im Recht des öffentlichen Dienstes wehre. Sie könne die Koalitionsfraktionen nur auffordern, nicht immer nur Kommissionsberichte zu zitieren, sondern endlich parlamentarische Initiativen einzubringen. Im Übrigen habe sie nichts dagegen, zu der Anhörung auch jemanden von der Bull-Kommission einzuladen.

Vorsitzender Volkmar Klein hält es für richtig, zu der Anhörung nur Sachverständige von draußen einzuladen, da Vertreter der Landesregierung wie Herr Riotte ohnehin jederzeit in den Ausschuss gebeten werden könnten. Er lässt sodann abstimmen über den Vorschlag, eine öffentliche Anhörung gemäß § 32 der Geschäftsordnung am 6. November, 11:00 Uhr, durchzuführen und dazu die kommunalen Spitzenverbände, den Deutschen Beamtenbund, den Deutschen Gewerkschaftsbund und einen Vertreter der Bull-Kommission einzuladen. - Der **Ausschuss** beschließt dies einstimmig.

Mit dem weiteren Vorschlag des **Vorsitzenden**, sich am Rande der Plenarsitzungen der nächsten Woche in der Obleuterunde über den Termin der zusätzlichen Ausschusssitzung zu verständigen, ist der **Ausschuss** einverstanden.

7 Aktuelle Situation der Landesentwicklungsgesellschaft NRW

Sachstandsbericht der Landesregierung

MR'in Flocke (MSWKS) erstattet zunächst einen Bericht über die wirtschaftliche Situation der LEG, der dem Ausschuss inzwischen als **Vorlage 13/2372** übermittelt wurde.

Nach der Bitte des **Vorsitzenden Volkmar Klein**, auch zu dem angefragten Punkt der im Haushalt 2003 veranschlagten Einnahmeposition aus der Veräußerung der LEG Stellung zu nehmen, trägt **StS Dr. Noack (FM)** als Vertreter des für diesen Aspekt zuständigen Ministeriums weiter vor:

Soweit es um die geplante Veräußerung der LEG geht, war ich beauftragt, die Verhandlungen zu führen, da wir nach einer intensiven Prüfung zu dem Ergebnis gekommen waren, dass der Finanzminister aufgrund seiner weiteren Zuständigkeiten in Bezug auf die WestLB und die Landesbank in einen Interessenkonflikt geraten könnte. Diesen wollten wir ausschließen. Im Falle politischer Entscheidungsnotwendigkeiten hätte Justizminister Gerhards die politische Seite garantieren müssen. - Das zu den formellen Gegebenheiten.

Im Jahre 2002 hat die Landesregierung beschlossen, eine Veräußerung der Anteile des Landes an der Landesentwicklungsgesellschaft vorzunehmen. Unter Be-